

Die Meisterverdränger von Nürnberg

Die „Stadt der Reichsparteitage“ inszeniert sich mittlerweile lieber als „Stadt der Menschenrechte“

Am 4. November soll es endlich soweit sein: Vor einem Kreis erlesener Gäste aus dem In- und Ausland, vor den Vertretern des Freistaates Bayern und der Bundesregierung sowie den Honoratioren der Stadt wird Bundespräsident Johannes Rau auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände der Nationalsozialisten ein historisches Dokumentationszentrum eröffnen. Damit endet für die Stadt Nürnberg nicht nur eine Zeit intensiver Planung und Realisierung dieses ambitionierten Vorhabens, das unter dem Titel „Faszination und Gewalt“ zu den bedeutendsten Ausstellungen ihrer Art in Deutschland gehören soll. Vielmehr hoffen die Stadt und ihre Bürger, mit dem Dokumentationszentrum auch eine Art Endpunkt hinter eine jahrzehntelange Diskussion über ihre eigene Geschichte setzen zu können.

Wie kaum eine andere deutsche Stadt hat sich Nürnberg mit seiner braunen Vergangenheit schwer getan. Nachdem die Nationalsozialisten schon in der Zeit der Weimarer Republik einige ihrer Parteitage in Nürnberg abgehalten hatten, erkor Hitler nach der Machtübernahme die Stadt zu dem Ort, an dem fortan die „Reichsparteitage“ der Nazis inszeniert werden sollten. Tatsächlich stand Nürnberg dann von 1933 bis 1938 jährlich für fünf bis acht Tage im Mittelpunkt des nationalen und in gewisser Weise auch des internationalen Interesses. Bis zu einer Million Menschen nahmen beobachtend, marschierend, paradiierend oder Gymnastik treibend an den Aufmärschen und Appellen teil.

Unter Federführung der von Hitler favorisierten Architekten Ludwig und Franz Ruff sowie natürlich Albert Speer, wurde für dieses grandiose Spektakel eine Kulisse geplant und in Teilen auch gebaut, die schon allein in ihrer Dimension ihresgleichen sucht. Mit seinen 25 Quadratkilometer besaß das Areal die mehrfache Größe der Nürnberger Altstadt.

In die Luft sprengen

Die dafür erforderlichen architektonischen, landschaftsbaulichen, verkehrstechnischen und anderen Maßnahmen haben das Bild der Stadt auf Dauer geprägt. Allerdings taten sich die Nürnberger nach dem Ende der Nazi-Zeit schwer, eine sinnvolle Verwendung für die für Inszenierung von Führerkult und Volksgemeinschaft errichteten, zumeist nicht vollendeten Bauten zu finden. Die Werke Speers und der Gebrüder Ruff waren schließlich von vornherein nicht als Zweck-, sondern vor allem als Propagandabauten geplant: Der monumentale Torso der „Kongresshalle“, die laut Planung 50 000 Menschen Platz bieten sollte, stellt heute das größte erhaltene Relikt nationalsozialistischer Propaganda-Architektur dar.

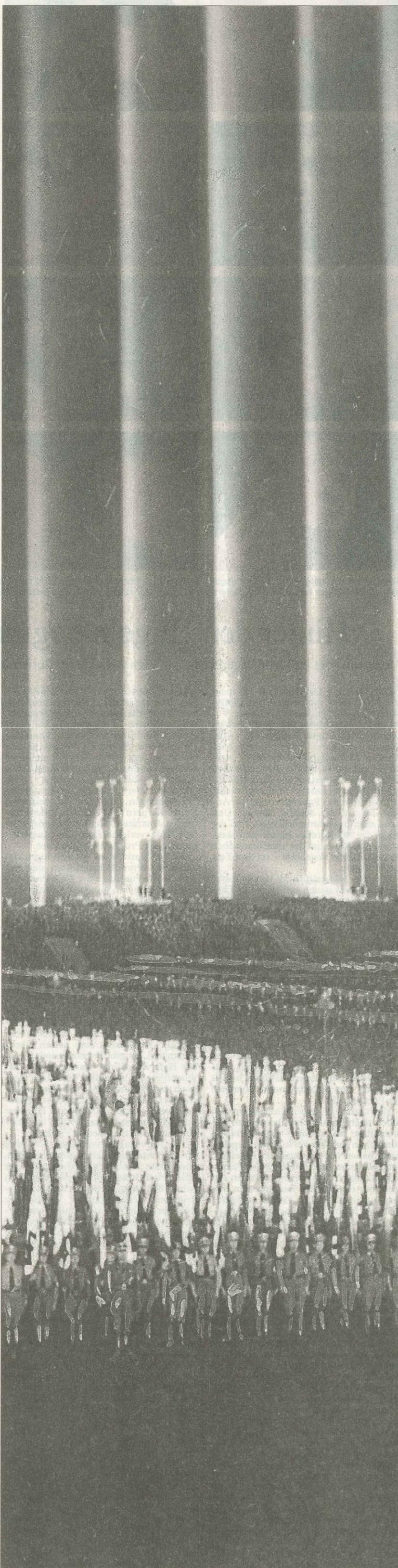
Kein Wunder, dass die Stadt Nürnberg schwer an dieser Hinterlassenschaft getragen hat. Während der fünfziger und sechziger Jahre versuchte man, das Problem dadurch zu umgehen, dass man Teile des Geländes als Schuttplatz oder Mülldeponie benutzte und andere Gebäude, wie die Bauten im „Luitpoldhain“ oder die „Märzfeldtürme“, einebene oder gleich in die Luft sprengte. Doch mit diesen und anderen Maßnahmen war es vorbei, als das gesamte Gelände 1973 unter Denkmalschutz gestellt wurde und die Stadt fortan etwa eine Million Mark jährlich für seine Instandhaltung aufzuwenden hatte. Jetzt brach die Zeit der großen Ideen an: Vom Volks- oder Sportpark über einen „Friedenshain“ oder eine Gartenschau mit der „Kongresshalle“ als „Ökopolis“, bis hin zur kommerziellen Nutzung als Gewerbepark und Einkaufszentrum war alles mögliche im Gespräch, ohne dass man auch nur in einem Fall ins konkrete Planungsstadium eingetreten wäre.

Stattdessen wurde improvisiert: Die Räumlichkeiten der „Kongresshalle“ dienten als Lagerraum, als Abstellplatz für Vehikel des Technischen Hilfswerks, als gelegentliche Konzertbühne oder auch als Aufnahmestudio für die Nürnberger Symphoniker; der Innenhof wurde zur Deponie für die abgeschleppten Autos der Nürnberger Parksünder umfunktioniert; und auf dem „Zeppelinfeld“, genauer gesagt, auf der Straße, die dieses von der teilweise erhaltenen „Zeppelintribüne“ mit Hitlers Rednerkanzel trennt, fanden und finden Massenveranstaltungen wie Rockkonzerte oder die deutsche Tourenwagenmeisterschaft statt.

In Beton ritzen

Das alles half den Nürnbergern nicht gerade bei ihrem erklärtem Bemühen, „das Stigma der ‚Stadt der Reichsparteitage‘ abzuschütteln“, wie es in offiziellen Verlautbarungen der frühen neunziger Jahre heißt. Merkwürdigerweise verfiel aber lange niemand auf die nahe liegende Idee, das Problem durch einen angemessenen Umgang mit dem Gelände selbst anzupacken; vielmehr reifte der Entschluss, durch eine Selbsterhebung Nürnbergs zur Stadt der „Menschenrechte“ die Vergangenheit gewissermaßen auf der Überholspur zu überlisten und die Öffentlichkeit durch eine Reihe von Aktivitäten auf diesem Gebiet von jenem „Stigma“ abzulenken.

Diese Idee der neunziger Jahre verdankt ihre Geburt einem Zufall: Im November 1988 hatte der israelische Künstler Dani Karavan den Zuschlag für die künstlerische Ausgestaltung der Kartäusergasse erhalten, die im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau des Germanischen Nationalmuseums stand. Karavan installierte in Nürnberg eine „Straße der Menschenrechte“, eine regelmäßige Reihe aus 27 weißen, je acht Meter hohen Rundpfeilern aus Beton, die in ver-



Kann auf diesem Feld eine Kirmes stehen? Lange Zeit exorzierte Nürnberg den Nazi-Geist durch Bratwurst-Düfte. Nun aber dämmert der Stadt, dass der Lichterturm der Reichsparteitage bis in die Gegenwart strahlt. Foto: Scherl

schiedenen Sprachen jeweils Kurzfassungen von verschiedenen Artikeln der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen tragen.

Als das Werk im Oktober 1993 der Öffentlichkeit übergeben wurde, machte man sich – wie andernorts – auch in Nürnberg bereits Gedanken, wie man den bevorstehenden fünfzigsten Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs begehen sollte. Doch auch jetzt kam in Nürnberg kaum jemand der Gedanke, das Ereignis zum Anlass für eine angemessene Dokumentation der Geschichte der Reichsparteitage zu nehmen, denen ja bei der systematischen Vorbereitung der Deutschen auf den Krieg eine nicht unbeträchtliche Rolle zugekommen war. Vielmehr hatte man in der Stadt bereits Gefallen an der Menschenrechtsidee gefunden, und also wurde auf Anregung des Oberbürgermeisters und mit Unterstützung Karavans ein „Internationaler Nürnberger Menschenrechtspreis“ gestiftet und im September 1995 erstmals verliehen.

In Stein schneiden

Die Nürnberger schritten erst zur Tat, als sich mit der anstehenden Feier des 950-jährigen Stadtjubiläums im vergangenen Jahr erneut die Frage nach einem zeitgemäßen Umgang auch mit diesem Kapitel der städtischen Vergangenheit stellte. Nun dämmerte den Lokalpolitikern allmählich, dass sich die leidige Nazi-Vergangenheit auch mit noch so vielen Menschenrechts-Preisen und Kunstaktionen nicht aus der Welt schaffen lassen würde. Getragen von einer ungewöhnlich breiten Zustimmung der Bevölkerung, entschlossen vorangetrieben vom Oberbürgermeister und vom Stadtrat und konsequent unterstützt von der lokalen Presse, wurde ein Unternehmen auf den Weg gebracht, das heute als durchaus vorbildlich gelten darf.

1997 ergriffen die Museen der Stadt Nürnberg, bei denen bis heute die Federführung liegt, die Initiative; im selben Jahr wurde ein hochkarätig zusammengesetzter Wissenschaftlicher Beirat berufen, der die konzeptionellen Grundlagen der geplanten Ausstellung erarbeitete und der außerdem die Umsetzung dieser Pläne durch die Museen der Stadt Nürnberg in den kommenden Jahren begleitete; Ende 1998 entschied die Stadt einen Wettbewerb geladener Architekten zu Gunsten des Entwurfs von Günther Domenig. Dieser legt mit einem diagonalen, begehbaren „Pfahl“ aus Glas und Stahl einen Schnitt durch den nördlichen Kopfbau der Kongresshalle, in dem die Ausstellung untergebracht ist.

Erst jüngst wurden die Ergebnisse eines weiteren internationalen Wettbewerbs über die Gestaltung des gesamten Geländes der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie vermochten zwar nicht wirklich zu überzeugen, so dass man von der Vergabe eines ersten Preises absah; aber immerhin steht fest, dass sowohl die architektonische als auch die natürliche Substanz des Geländes nicht weiter angetastet werden sollen: Längst hat sich herumgesprochen, dass das großzügige Areal mit seinem Grün- und Teichanlagen nicht nur wie eh und je der Bevölkerung als vielseitiger Freizeitpark dient, sondern dass es mit der Eröffnung des Dokumentationszentrums eine beträchtliche Attraktivität auf Besucher aus dem In- und Ausland ausüben dürfte.

In den Wind schreiben

Seitens der Ausstellungsmacher sind jedenfalls alle Voraussetzungen geschaffen: Auf immerhin 1300 Quadratmeter reiner Ausstellungsfläche werden dem Besucher in einer authentischen Kulisse die Wege und Methoden näher gebracht, mit denen die Nazis in einer Mischung aus geschickt inszenierter Faszination und stets angedrohter Gewalt ein Volk für ihre Zwecke gewonnen haben. Dass der Besucher bei seinem Weg durch die Ausstellung am Beispiel der Reichsparteitage auch einigen Aufschluss über die Geschichte des „Dritten Reiches“ insgesamt erhält, dürfte zu den besonderen Vorzügen des Dokumentationszentrums gehören.

Mit der Umsetzung dieses anspruchsvollen Vorhabens durch die Stadt hätte es, was dieses Kapitel ihrer Vergangenheit angeht, eigentlich sein Bewenden haben können, wäre Nürnberg nicht erneut von ihr eingeholt worden: Im Zuge der nationalen wie internationalen Debatten über den Einsatz und das Schicksal der Fremd- und namentlich der „Zwangsarbeiter“ stellte sich auch hier die Frage ihrer Entschädigung. Anders als beispielsweise München, sah sich Nürnberg allerdings nicht in der Lage, den überlebenden ehemaligen Zwangsarbeitern, von denen etwa 3000 im Bereich der Stadtverwaltung eingesetzt gewesen waren, aus eigenen Mitteln eine Entschädigung zukommen zu lassen.

Und so griff man erneut zu dem scheinbar bewährten Rettungsanker und beförderte sich jetzt endgültig zur „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“. So nämlich heißt die soeben zum Ausgleich für die Nicht-Entschädigung ins Leben gerufene Stiftung, mit welcher Nürnberg seiner „moralisch-ethischen Mitverantwortung“ für das in der Zeit der Nazi-Diktatur Geschehene gerecht werden will. So wie es aussieht, wird die „Stadt der Menschenrechte“ also auch in Zukunft im Schatten der „Stadt der Reichsparteitage“ stehen.

GREGOR SCHÖLLGEN

Der Autor lehrt Neuere Geschichte an der Universität Erlangen und war maßgeblich an der Vorbereitung und Umsetzung des wissenschaftlichen Konzepts für das Dokumentationszentrum beteiligt.